



Argon Weiler (v.l.), Andreas Hampel und Kaya Bilal setzen Bohrungen im Umfeld des Maudacher Gewerbegebiets an der Frigenstraße.

BILD: PROSSWITZ

Altlasten: Bohrungen in Maudach für 500 Meter breite Grundwasser-Barriere / Stadt rechnet mit Einbau bis Jahresende

Schutzwand gegen Schadstoffe

Von unserem Redaktionsmitglied
Thomas Schrott

LUDWIGSHAFEN. Eine solch große Dichtwand ist äußerst selten. 500 Meter breit und bis zu zehn Meter tief wird die Beton-Barriere sein, die Maudach und das Trinkwasserreservoir im Bruch vor Schadstoffen im oberen Grundwasserbereich abschirmen soll. Um den genauen Standort der Schutzwand festzulegen, laufen bis morgen sogenannte Kernbohrungen an der nördlichen und südlichen Grenze des Gewerbegebiets Frigenstraße. Parallel dazu erfolgt die Ausschreibung für den Einbau der Dichtwand. „Wir wollen die Bauarbeiten noch im ersten Quartal vergeben und dann zeitnah mit dem Vorhaben beginnen“, erläuterte eine Stadtsprecherin auf „MM“-Anfrage den Zeitplan.

Die einzelnen Maßnahmen werde die Verwaltung noch im Ortsbeirat Maudach vorstellen. Auch die Anwohner sollen bei einer separaten Veranstaltung informiert werden. Wann dies sein wird, ist allerdings offen. „Dazu müssen wir erst das Ergebnis der Ausschreibung abwarten“, sagte die Sprecherin.

Stadt: keine akute Gefährdung

Angesichts der guten Baukonjunktur sei bislang kein genauer Termin für den Start der Arbeiten absehbar. Der Einbau der Dichtwand dauert

Altlasten



wohl einige Monate. Er soll nach Angaben der Verwaltung bis zum Jahresende abgeschlossen sein.

Bohrungen im Südwesten Maudachs hatte die Stadt bereits im vergangenen Jahr veranlasst, um noch detailliertere Erkenntnisse über die Grundwasserströme im Umkreis der früheren BASF-Deponie zu erlangen. Die nun laufenden Kernbohrungen sind indes aufwendiger, ermöglichen aber ein genaueres Bild der Bodenbeschaffenheit.

Die Schadstoffe, darunter Schwermetalle und aromatische

■ Die **BASF** betrieb von 1955 bis 1966 die **zwölf Hektar große Deponie**.

■ Dort wurden 780 000 Kubikmeter Abfälle, vor allem **Bauschutt, Schlacke und Betriebsmüll** abgelagert.

■ Genaue Unterlagen gibt es nicht, dies war damals nach Angaben der Anilin nicht üblich.

■ 1959 kaufte die Stadt das Gelände, das sich zum **Gewerbegebiet** entwickelte.

■ Dort siedelten sich **19 Firmen und der städtische Bauhof** an.

■ Die Kosten für die Grundwasserreinigung werden auf **2,7 Millionen Euro** geschätzt.

Kohlenwasserstoffe, beschränken sich laut Verwaltung auf den oberen Grundwasserbereich bis zu einer Tiefe von zehn Metern. Im Umfeld der Deponie wurden erhöhte Werte für Ammonium, Sulfate und Nickel gemessen. Verbindliche Grenzwerte für diese Substanzen gebe es aber nicht, so die Behörde. Sechs zusätzliche Messstellen in einer Tiefe bis zu 51 Metern hatte die Stadt 2016 eingerichtet. Die Gesamtzahl erhöhte sich damit auf 44.

Eine akute Gefährdung für die Trinkwasserversorgung geht nach Ansicht der Verwaltung von den

Schadstoffen im Grundwasser nicht aus. Gleichwohl haben die Technischen Werke Ludwigshafen (TWL) darauf reagiert – mit Maßnahmen für rund eine Million Euro. Das Unternehmen gab die drei nächst gelegenen Trinkwasserbrunnen zur früheren Deponie auf und baute sie zu sogenannten Sanierungsbrunnen um, die das Grundwasser reinigen. Als Ersatz installierte sie vier neue Brunnen im nördlichen Teil des Maudacher Bruchs.

Hintergrund: Das TWL-Wasserwerk liegt etwa einen Kilometer von der Deponiefläche entfernt. Die Fahne mit dem belastetem Grundwasser dehnt sich laut Gutachten in Richtung Norden mit einer Fließgeschwindigkeit von 20 bis 30 Meter pro Jahr aus. Diese Ausbreitung soll mit der Dichtwand gestoppt werden.

Maßnahmen wegen der Altlastenfläche wurden schon vor mehr als zehn Jahren erörtert. 2006 ging eine Pilotanlage zur Bodenluftabsaugung in Betrieb. Das Konzept mit Dichtwand und Sanierungsbrunnen genehmigte die Aufsichts- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD) vor drei Jahren.

Bereits früher vereinbarten Stadt und BASF, die Kosten für die Grundwasserreinigung zu teilen. „Die Stadt hatte in den 1950-er Jahren die Ablagerungen genehmigt, deshalb tragen wir eine Mitverantwortung“, lautete die Begründung von Baudezernent Klaus Dillinger (CDU).